



Dr. Ulrich Nußbaum

Staatssekretär

Frau
Agnieszka Brugger
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 7640
FAX +49 30 18615 5105
E-MAIL buero-st-n@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, *21.* Oktober 2018

**Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat Oktober 2018
Frage Nr. 297**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

Frage:

Wird die Bundesregierung nach der Tötung des saudi-arabischen Journalisten Jamal Khashoggi bereits erteilte Genehmigungen für Rüstungsexporte (wie z.B. die Lieferung von Patrouillenbooten) für Saudi-Arabien einfrieren oder widerrufen, und wenn ja, gilt dies auch für Rüstungsexportgeschäfte, in denen Unternehmen aus Deutschland anderen europäischen Ländern für Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien Baugruppen oder Module zuliefern (wie z.B. im Rahmen von Lieferungen der Waffensysteme Tornado und Eurofighter an das saudische Militärdurch britische Regierung)?

Antwort:

Die Bundesregierung verfolgt eine restriktive und verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik. Über die Erteilung von Genehmigungen für Rüstungsexporte entscheidet die Bundesregierung im Einzelfall und im Lichte der jeweiligen Situation nach sorgfältiger Prüfung unter Einbeziehung außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen. Grundlage hierfür sind die rechtlichen Vorgaben des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen (KrWaffKontrG), des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG) und der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) sowie die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ aus dem Jahr 2000, der „Gemeinsame Standpunkt des Rates der Europäischen Union vom 8.

Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“ und der Vertrag über den Waffenhandel („Arms Trade Treaty“). Die Beachtung der Menschenrechte im Empfängerland spielt bei der Entscheidungsfindung eine hervorgehobene Rolle.

Die Bundesregierung folgt dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Oktober 2014 (BVerfGE 137, 185) und unterrichtet über jeweils abschließende positive Genehmigungsentscheidungen sowie die Eckdaten eines Ausfuhrgeschäfts.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'A. B. Müller', written over the text 'Mit freundlichen Grüßen'.